



Positionen

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte
Ausgabe Juli 2017

Verdrängung der Rockerkriminalität durch konsequentes Handeln	2
Tegel schließen - Zukunft öffnen	4
Berlin als bezahlbare Stadt für alle	6
10 Punkte zur Befriedung der Rigaer Straße und des umliegenden Kiezes	9
Vorbereitung der European Championships	12
Der Müggelsee und der Naturschutz	14
Grüße zur Parlamentarischen Sommerpause	16

Verdrängung der Rockerkriminalität durch konsequentes Handeln

Die Rockerkriminalität und die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Rockergruppierungen war für viele Jahre ein stadtweites Kriminalitätsphänomen. Durch die Ansiedlung einer Gaststätte und den Umzug eines Clubheims der Hells Angels von Prenzlauer Berg nach Hohenschönhausen im Jahr 2008 war insbesondere der Bereich Zingster Straße und Gärtnerstraße von der Rockerkriminalität schwer belastet. Beide Objekte zogen im Rahmen von Treffen und Veranstaltungen unzählige Mitglieder von Rockergruppierungen und Straftäter an, deren Anwesenheit die Anwohnerinnen und Anwohner stark belastete.

Die schwelenden Konflikte zwischen den Rockergruppierungen Hell Angels und Bandidos brachen in der Folge offen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen aus. So kam es im August 2009 in Hohenschönhausen zur Tötung eines Mitglieds einer Unterstützungsgruppe der Hell Angels. Mit dem Höhepunkt der bundesweiten gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rockermilieu im Jahr 2012 fanden im Bereich Hohenschönhausen mehrere Tötungsversuche an führenden Mitgliedern der Hell Angels statt, die auf interne Streitigkeiten und Führungsansprüche zurückzuführen waren.

Gegen die Rockerkriminalität war und ist ein konsequentes staatliches Handeln aller beteiligten Stellen angezeigt, vom Bezirksamt über die Polizei, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die Justiz bis hin zum Bundesministerium des Innern. So wurde im Jahr 2012 eine Nutzungsuntersagung des Clubheims der Hells Angels durch das Bezirksamt Lichtenberg verfügt, was eine Schließung des Objektes zur Folge hatte. Auf bundesweite Vereinsverbote durch das Bundesministerium des Innern gegen einzelne Charter (Ortsgruppen) der Hells Angels ebenfalls im Jahr 2012, reagieren alle einschlägigen Rockergruppierungen mit Selbstaflösungen oder Zusammenschlüssen von Ortsgruppen. Die Anzahl der Ortsgruppen der Hells Angels und Bandidos hat sich in Berlin zwischenzeitlich deutlich reduziert und Führungspersonen wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die wenigen Veranstaltungen der in Berlin ansässigen Rockergruppierungen verlaufen nach Polizeierkenntnissen aktuell friedlich. In Hohenschönhausen ist zurzeit keine polizeilich relevante Rockergruppierung mehr ansässig.

Hinzu kommt das Inkrafttreten einer Änderung des Vereinsgesetzes im März 2017, wonach Rockergruppierungen, von denen mindestens eine Ortsgruppe verboten ist, ihre

Abzeichen und Kutten nicht mehr öffentlich verwenden dürfen. Mit dieser Maßnahme sind die einschlägigen Gruppierungen weitestgehend aus der Wahrnehmung der Öffentlichkeit verschwunden und der starke Mitgliederzulauf der letzten Jahre, insbesondere in Form von Straftätern mit Migrationshintergrund – meist ohne Motorradführerschein –, konnte deutlich verringert werden.

Zusammenfassend können wir von einer gelungenen Befriedung der Rockerkriminalität durch das erfolgreiche Zusammenwirken verschiedener staatlichen Stellen unter Anwendung aller verfügbaren rechtsstaatlichen Repressionsinstrumente sprechen. Ich toleriere in unserer Stadt jede alternative Lebensform und akzeptiere jede Art von unterschiedlichen Lebensvorstellungen, aber jegliche Toleranz findet ihr Ende, wenn Straftaten – insbesondere gegen Leib und Leben – verübt werden. An dieser Stelle müssen alle Instrumente der Strafvereitelung und Strafverfolgung voll ausgeschöpft werden.

Andreas Geisel
Senator für Inneres und Sport

Tegel schließen - Zukunft öffnen

Am 24.09.2017 finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Gleichzeitig stimmen die Berlinerinnen und Berliner über den Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ über den Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel (TXL) ab.

Der Flughafen Tegel hat dem eingemauerten West-Berlin als Tor zur Welt gedient. Der innerstädtische Standort wurde damals gewählt, weil die Stadt Berlin geteilt war und es für West-Berlin keinen Standort außerhalb der Stadtgrenzen gab. Mit einem NEIN zum Volksentscheid stellen wir sicher, dass mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall das wiedervereinigte Berlin endlich einen Flughafen für die gesamte Stadt (Ost und West) bekommt.

Tegel ohne Flugbetrieb ist eine Zukunftschance für Berlin. Über viele Jahre ist ein hervorragendes allgemein anerkanntes Nachnutzungskonzept für den Flughafen Tegel erarbeitet worden.

Berlin braucht dringend neue Wohnungen, auf dem ehemaligen Flugfeld werden insgesamt 9.000 neue Wohnungen entstehen. Die Hälfte davon werden landeseigene Wohnungen sein mit niedrigen Mieten besonders für Menschen die Schwierigkeiten haben, woanders eine bezahlbare Wohnung zu finden. Auch Genossenschaften werden dort Wohnungen errichten. Darüber hinaus werden eine neue Grundschule, ein Jugendfreizeitzentrum und 6 Kitas entstehen.

Die Sportplätze bleiben erhalten und können insbesondere von den anliegenden Schulen benutzt werden.

Die Beuth Hochschule für Technik bekommt einen 2. Campus für Tausende Studierende, so wird der Wissenschafts- und Forschungsstandort gestärkt.

Zudem wird ein Forschungs- und Technologiepark entstehen. Hier werden 20.000 neue Arbeitsplätze im Bereich der Zukunftstechnologie geschaffen.

Auf dem Flugfeld entsteht ein riesiger Park - fast so groß wie das Tempelhofer Feld - mit viel Grün und Platz zum Erholen. Die Ansiedlungen in Mäckeritzwiesen und in der Cité Pasteur bleiben erhalten und werden rechtlich abgesichert.

Dieses Nachnutzungskonzept bietet enorme Möglichkeiten für Berlin, deshalb sollten alle Berlinerinnen und Berliner beim Volksentscheid Tegel mit NEIN stimmen.

Mit der Schließung von Tegel werden 300.000 Menschen, die unter Fluglärm leiden nachhaltig entlastet. Ein Weiterbetrieb von Tegel würde enorme Kosten verursachen. Aufgrund gesetzlicher Regelungen müsste der Lärmschutz ab 2019 ausgeweitet werden, was mindestens 400 Mio. Euro möglicherweise bis zu 2 Mrd. Euro kosten würde. Das alte Fluggebäude, Technik und Startbahnen müssten für mindestens 1 Mrd. Euro saniert werden.

Die Betriebskosten müssten für 2 Flughäfen doppelt bezahlt werden, somit wäre Tegel ein Verlustgeschäft. Die großen Airlines wollen alle ausschließlich vom BER fliegen, sodass der Glaube man fliegt von Tegel weiter mit Air Berlin oder Lufthansa wie bisher trägt.

Es ist falsch, dass der Flughafen BER zu klein ist, mit 2 Start- und Landebahnen können 60 Mio. Passagiere abgefertigt werden, in London Heathrow fliegen sogar 70 Mio. Passagiere ab. In Tegel und Schönefeld fliegen zur Zeit 33 Mio. Passagiere pro Jahr ab.

Die Anbindung am BER ist wesentlich besser als in Tegel und wird weiter verbessert werden. In Tegel gibt es weder S- noch U-Bahn, noch einen Bahnanschluss, sondern lediglich eine kleine Stichstraße als Zufahrt und einen Bus der permanent im Stau steht.

Das Bundesverwaltungsgericht hat abschließend entschieden, dass mit Eröffnung des BER Tegel ein halbes Jahr später geschlossen werden müsste. Eine rechtliche Auseinandersetzung würde den BER als auch Tegel gefährden. Weder der Bund noch Brandenburg, als Anteilseigner der Flughafengesellschaft, wollen die Offenhaltung von Tegel, damit ist der Weiterbetrieb rechtlich unmöglich.

Die ganze Debatte um Tegel ist ein Konjunkturprogramm für FDP und AFD, aber aus wirtschaftlichen, umweltpolitischen und rechtlichen Gründen falsch. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Politik Wort hält.

Unter dem Motto „Tegel schließen – Zukunft öffnen“ hat sich eine überparteiliche Initiative mit Vertretern der Bürgerinitiativen, der Fluglärmkommission, verschiedener Organisationen sowie Vertretern von SPD, Linke und Grünen gegründet, die aktiv für das Nachnutzungskonzept Tegel wirbt.

Jörg Stroedter, MdB

Berlin als bezahlbare Stadt für alle

Mit unserem Beschluss auf dem Landesparteitag am 20. Mai 2017 haben wir als SPD unseren Willen bekräftigt, Berlin als eine bezahlbare Stadt für Mieterinnen und Mieter zu erhalten und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage an den Wohnungsmärkten setzen wir uns für eine Grundgesetzänderung ein. Denn, wenn sich der Bund wie in der Föderalismusreform geplant, im Jahr 2020 aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaues zurückzieht, wird das Problem steigender Mieten nicht gelöst sein.

Unser Ziel ist es daher, bis dahin in Deutschland rund 400.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon 80.000 Sozialwohnungen und 60.000 Wohnungseinheiten im bezahlbaren Wohnungsbau. Anschließend wird auf Bund und Länder eine neue Gemeinschaftsaufgabe hinzukommen, deren Finanzierung nur gemeinsam gestemmt werden kann.

Berliner Wohn- und Mietpolitik als Vorbild

Als Berliner SPD setzen wir uns für eine adäquate Wohnraumversorgung ein und haben sowohl die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, als auch die Genossenschaften sowie andere gemeinwohlorientierte Akteure gestärkt, um Mieterinnen und Mieter vor steigenden Kosten zu schützen.

Mit unserer Kehrtwende in der Liegenschaftspolitik machen wir deutlich, dass Konzepte vor dem Profit kommen und dass wir Immobilien nicht zwingend zum Höchstpreis verkaufen müssen. Der gesellschaftliche Mehrwert soll im Vordergrund stehen und stärker zum Tragen kommen. Ein solches Verfahren wäre auch für Bundesimmobilien wünschenswert – mit einem Vorkaufsrecht zum Verkehrswert für Länder und Kommunen.

Mietrecht ist Bundesrecht und das ist eines der Hauptprobleme, warum uns die sozialere Ausgestaltung auf Bundesebene bisher so schwer fällt. Wenn wir uns nach dem 24. September an der Regierungsarbeit beteiligen sollten, werden wir darauf drängen, die bestehende Mietpreisbremse zu verschärfen und zu einem besser funktionierenden Instrument weiterzuentwickeln. So muss sichergestellt sein, dass bei einem Wohnungswechsel der Vermieter, dem Nachmieter grundsätzlich und ohne Aufforderung die Miethöhe des Vormieters mitzuteilen hat. Zuwiderhandlungen sollen geahndet und sanktioniert werden. Ausnahmen für überteuerte Bestandsmieten sind zu streichen.

Darüber hinaus wollen wir Mietpreissteigerungen infolge von (zum Teil zweifelhaften) Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen verhindern und die gesetzliche Möglichkeit der Umlage angefallener Kosten begrenzen: Die Modernisierungsumlage soll auf 7 % und maximal 10 Jahre begrenzt werden. Energetische Maßnahmen müssen durch eine vom Vermieter beizubringende Wirtschaftlichkeitsprüfung nachgewiesene Heizkostensparnis nach sich ziehen. Für Streitfälle zwischen Mieter und Vermieter über Kosten und Nutzen sind unabhängige Schiedsstellen einzurichten. Unterlassene Instandhaltung darf nicht zu Lasten der Mieter gehen. Die umlegbaren Kosten sind daher auf eine maximale Höhe pro Quadratmeter Wohnfläche zu deckeln.

Um „warmmietneutrale Sanierungen“ zu ermöglichen, setzen wir uns für ein Förderprogramm des Bundes ein, welches sich an der Einsparung von CO₂ orientiert und in enger Kooperation mit den Städten und Gemeinden ausgezahlt wird.

Außerdem wollen wir die Möglichkeit abschaffen, die Anschaffungs- und Installationskosten auf die Mieter umzulegen. Hierzu ist die Betriebskostenverordnung zu ändern. Ebenso sollen Ersatzansprüche, die von Dritten an den Vermieter herangetragen werden, im Rahmen der Haftpflichtversicherung nicht auf den Mieter umgelegt werden. Die „Kleinreparaturklausel“ soll abgeschafft werden.

Weitere Maßnahmen für den Berliner Wohnungsmarkt

Neben diesen vielen zum Teil sehr kleinteiligen Forderungen, dürfen wir das große Ganze nicht aus den Augen verlieren: Ohne massive Investitionen in den Wohnungsneubau und ohne eine Ausweitung des Wohnungsangebots werden wir weder in Berlin, noch in anderen Großstädten den Anstieg der Mieten verhindern können. Deshalb erwarten wir als SPD-Fraktion, dass die Neubauziele wie im Rot-rot-grünen Koalitionsvertrag eingehalten und umgesetzt werden.

Die von uns festgelegte Zahl von jährlich 6.000 neu zu bauenden Wohnungen soll erreicht werden, mit dem Ziel, den Wohnungsbestand in öffentlicher Hand bis 2025 auf 400.000 Wohnungen zu erhöhen. Dafür müssen wir mehr Urbanität wagen und deshalb setzen wir uns für ein Leerstandregister ein, mit dem Ziel, einen Überblick über die Anzahl an brachliegenden Immobilien und nicht-genutzten Gebäuden sowie deren Quadratmeteranzahl zu erhalten.

Bei Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung soll die Kappungsgrenze von bisher 15 Prozent in drei Jahren auf 15 Prozent in fünf Jahren verändert werden. Die noch

bestehenden Schlupflöcher bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir schließen. In Milieuschutzgebieten sollen sie strikt verboten sein.

Um das Wohnungsangebot für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zu erweitern, sind Genossenschaften durch Wohnraumförderung, das Bereitstellen von Grundstücken und durch Kooperationen beim kommunalen Vorkaufsrecht stärker zu unterstützen.

Als Berliner SPD-Fraktion unterstützen wir die Bundesratsinitiative des Berliner Senats und fordern, die Praxis von „Share Deals“ zu erschweren: Der Prozentsatz, der von einem oder mehreren weiteren Eignern an einer Gesellschaft gehalten wird, soll von 5 auf 25 Prozent gesteigert werden. Hierdurch wird - wegen der Kontrollrechte von Minderheits-eignern - eine solche Konstruktion weniger attraktiv. Die Mindesthaltefrist bei Personengesellschaften soll auf 10 Jahre ausgedehnt werden und die Möglichkeit, anonyme Gesellschaften über Steuerfluchtländer einzuschalten, wird eingeschränkt.

Iris Spranger, MdB

10 Punkte zur Befriedung der Rigaer Straße und des umliegenden Kiezes

Bereits seit vielen Jahren beschäftige ich mich schwerpunktmäßig mit dem Themenfeld Linksextremismus und seinen Erscheinungsformen. Nachdem es in den letzten Wochen und Monaten wieder zu zahlreichen Vorfällen und insbesondere auch zu Angriffen auf Beamtinnen und Beamte der Berliner Polizei im Umfeld der Rigaer Straße gekommen ist und sich eine dauerhafte Befriedung noch immer nicht abzeichnet, habe ich mich entschlossen in der Konsequenz meine Ideen zur Lösung des Konflikts in Form eines 10-Punkte-Papiers zu formulieren und öffentlich zu machen. Es soll eine Debatte anstoßen, damit wir das Problem aktiv und kompakt angehen.

10 Punkte zur Befriedung der Rigaer Straße und des umliegenden Kiezes

Verhandlungspartner:

Wir sollten mit den **Menschen im Ortsteil sprechen**, welche ein Interesse daran haben, dass der Konflikt langfristig gelöst wird. Das sind die Anwohnerschaft, die Gewerbetreibenden, das Sympathisanten-Umfeld, der Bezirk sowie das Land Berlin. **Keine Gespräche** kann es **mit Straf- und Gewalttätern** aus dem Bereich des Linksextremismus geben.

Maßnahmen zur Deeskalation:

Zunächst brauchen wir eine Person, einen **Vermittler oder Mediator**, der das Vertrauen von allen Seiten genießt und nicht in den Konflikt involviert ist. Klar muss sein, dass die Berliner **Polizei und das Ordnungsamt** jederzeit vor Ort sein können muss, ohne dass sie als Gefahr oder Bedrohung angesehen werden. Der Rückgang verdachtsunabhängiger Personenkontrollen und ein angemessener Raumschutz seitens der Berliner Polizei sollten hierbei zur Beruhigung beitragen. Die Anwohnerschaft muss offen über ihr eigenes Bedrohungsgefühl und die belastende Situation sprechen können. Daraus können dann ein **Stufenmodell** entwickelt und Vereinbarungen getroffen werden.

Breite Kiezbefriedung:

Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung eines „**Dialog-Ladens**“. Ein Ort, an dem die Anwohnerschaft zusammenkommt und im geschützten Raum offen über die Probleme bzw. Anfeindungen geredet werden kann. Vielleicht wird eine Art **Quartiersmanager** nötig, der sich um alle Belange in diesem Kiez kurz- und mittelfristig kümmert. Gleichwohl könnte man auch über eine **mobile Wache** vor Ort nachdenken, welche im Kiez unmittelbar und 24 Stunden am Tag ansprechbar ist.

Diese könnte so lange vor Ort sein, bis der Konflikt gefühlt auf dem Weg der Befriedung ist. Der **Kontaktbereichsbeamte** benötigt ggf. mehr Unterstützung aus dem zuständigen Abschnitt oder der Direktion. **Sichtbarkeit und Präsenz, Dialogbereitschaft und Problemlösungskompetenz** sind hier gefragt.

Anwohnereinbindung als Schlüssel:

Die Einbindung der Anwohnerschaft und der Hauseigentümer ist der entscheidende Schlüssel zum Erfolg. Wenn alle Seiten an einem Strang ziehen, ist es möglich, dass sich die Menschen in ihrem Kiez schon bald wieder wohlfühlen. Die Gründung eines paritätisch besetzten „**Kiezrates**“ könnte zudem sicherstellen, dass Vertreter aller Häuser an einem Tisch sitzen.

Vertrauen schaffen:

Die jeweiligen Häuser sollten Personen benennen, welche für sie an den Runden Tischen oder Dialogforen teilnehmen können. Somit ist für die Mehrheit die Anonymität gesichert und vor allem ist klar, dass ihre Forderungen an die richtigen Entscheider übermittelt werden. **Vertrauen** kann man zunächst nur **durch persönliche Gespräche** aufbauen. Die Probleme und die daraus resultierende Ängste müssen ganz wortwörtlich auf den Tisch gebracht werden.

Zupackende Repression:

Eine zeitlich begrenzte **mobile Wache** im Kiez könnte eine klare Dialogbereitschaft signalisieren. Der **Raumschutz** muss über die nächsten Wochen und Monate bestehen bleiben und kann ein sofortiges polizeiliches Einschreiten bei Brandanschlägen oder Sachbeschädigungen gewährleisten. Ein **zuständiger Staatsanwalt** für den Bereich wäre zudem eine Möglichkeit die Strafverfolgung intensiver als bisher zu voranzutreiben. Das **Ordnungsamt** muss gezielter Ordnungswidrigkeiten nachgehen und damit deutlich zeigen, dass rechtsfreie Räume nicht geduldet werden.

Spaltung der linksextremistischen Szene:

Wir müssen das **Sympathisanten-Umfeld vom gewaltbereiten Kern** der Linksautonomen Szene trennen. Die Situation rund um die R94 hat die linksautonome Szene mehr als jemals zuvor geeint und zusammengeschweißt. Das bedeutet, dass man **mit dem gewaltfreien Teil sprechen** muss. In der Phase, in der es mehr um die Orientierung in der Szene geht, muss gezielt angesetzt werden. Diese Aufgabe könnten beispielsweise **NGOs** übernehmen. Wir würden der extremistischen Szene den **Mobilisierungseffekt und die Radikalisierungsdynamik nehmen**.

Langfristiger Umgang mit R94:

In allererster Linie muss der Eigentümer der Rigaer Straße 94 klar sagen, was er mit dem Objekt vorhat. Ohne die Einbindung des Eigentümers und der Hausverwaltung wird es keine Lösung geben. Grundsätzlich gilt die Frage: Sollen die bestehenden **Mietverträge aufgelöst oder fortgeschrieben** werden? Die Mieter wollen eine Rechtssicherheit. Langfristig kann man darüber diskutieren, ob das Land Berlin das Objekt kauft, sofern ein Verkaufsinteresse besteht, oder die Mieter kaufen ihr Objekt.

Langfristiger Umgang mit besetzten Häusern:

Das Land Berlin muss gemeinsam mit den betroffenen Bezirken darüber sprechen und entscheiden, wie man mit den teilweise besetzten Objekten in Berlin dauerhaft umgehen möchte. Entweder geht man den Weg wie in Hamburg und kauft die Objekte auf und gibt somit **Rechtssicherheit** oder man regelt den Konflikt durch **Dialogbereitschaft und klare Grenzziehung**.

Überparteiliche Zusammenarbeit:

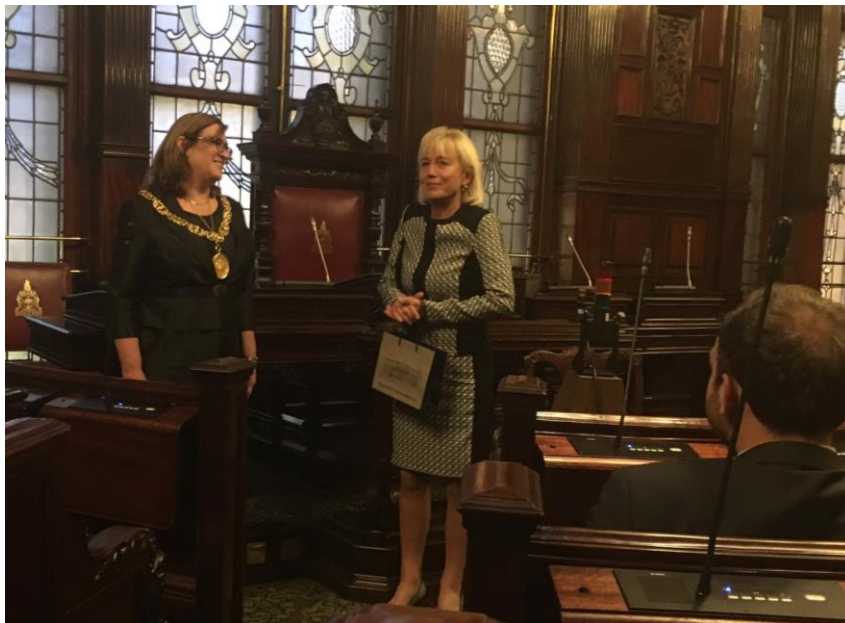
Die demokratischen Parteien sollten hier **Einigkeit im Umgang mit Gewalttaten** der Linksautonomen Szene in Berlin zeigen. Der öffentliche Streit hat nur der linksautonomen Szene und der AfD geholfen. Parteien sollten an ihrer eigenen Problemlösungskompetenz arbeiten, damit klar wird, dass ihr Gesamtinteresse darin besteht Konflikte frühzeitig zu unterbinden und zu lösen. In der Bekämpfung des politischen Extremismus muss Einigkeit bestehen.

Tom Schreiber, MdA

Vorbereitung der European Championships

Der Ausschuss für Sport reiste vom 25. bis zum 28. Juni 2017 nach Glasgow, um sich über die Vorbereitung der European Championships im Jahr 2018 zu informieren. Die European Championships sind eine neue Multisportveranstaltung, die die Europameisterschaften in den Sportarten Leichtathletik, Turnen, Schwimmen, Radsport, Rudern, Triathlon und Golf zusammenbringt.

Gemeinsame Gastgeberstätte der Premiere der European Championships sind die Städte Glasgow und Berlin. In Berlin werden als Teil der European Championships vom 7. bis 12. August 2018 die Leichtathletik Europameisterschaften im Berliner Olympiastadion stattfinden. Die Europameisterschaften in den sechs anderen Sportarten werden im Zeitraum vom 1. bis 12. August 2018 mit etwa 3.000 Sportlerinnen und Sportlern in Glasgow durchgeführt.



Das neue Multisport-Konzept der Sommersportarten erfordert neue Lösungen in Kommunikation und Vermarktung. Ein ständiger Austausch zwischen Berlin und Glasgow ermöglicht einen konstruktiven Umgang mit den Herausforderungen.

Wir informierten uns über die geplante Zusammenarbeit der Sportmetropolen und zum Standortmarketing. Auch in Glasgow ist das Thema Nachhaltigkeit von Großveranstaltungen sowie deren sichere Durchführung ein wichtiges Thema.

Während der Veranstaltung plant Glasgow ein umfangreiches Kulturprogramm mit unterschiedlichen Events. In Berlin soll eine Europäische Meile am Breitscheidplatz durchgeführt werden.

Zwei geplante Kulturprojekte werden gemeinsam von beiden Städten parallel stattfinden.

Wer also im nächsten Sommer noch nichts geplant hat und nicht nur auf Fussball steht, auf nach Glasgow und ins Olympiastadion. Glasgow ist einen Besuch wert (auch bei Regen) und die Schotten sind außerordentlich freundliche Gastgeber.

Karin Halsch, MDA

Der Müggelsee und der Naturschutz

Wie die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz bekannt gab, wurde die Verordnung zur rechtlichen Sicherung des Müggelsee als Landschaftsschutzgebiet bzw. in kleineren Teilen als Naturschutzgebiet von der Senatorin am 03. Juli 2017 unterzeichnet.

Diese ist derzeit nur eine weitere Vorschrift, die den Anwohnern und Anwohnerinnen, den Sportvereinen sowie den Unternehmen vor Ort Sorgen bereitet.

Abgelaufene wasserbehördliche Genehmigungen für Stege von Wassersportvereinen, Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen werden aus Naturschutzgründen (meist wachsende Schilf-, Seerosen und/oder Röhrlichtgebiete) nicht verlängert und es wird der „Rückbau“ -also der Abriss- der mitunter seit Jahrzehnten bestehenden Steganlagen gefordert.

Hierbei berufen sich die Genehmigungsbehörden bereits auf die „Belange des Naturschutzes“ gemäß dem Berliner Naturschutzgesetz (NatSchG Bln) sowie auf die Befristung der wasserbehördlichen Genehmigungen nach dem Berliner Wassergesetz (BWG).

Dieser ganze Themenkomplex sollte -obwohl ihm unterschiedliche Normen zu Grunde liegen- dennoch zusammenbetrachtet und in die politische Diskussion aufgenommen werden.

Die Betroffenen artikulieren sich vor Ort unter anderem durch „Bootsdemos“ sowie intensiven Gesprächen mit politischen Vertretern. Das Bezirksamt, zuletzt der Bezirksbürgermeister, hat sich diesem Thema ebenfalls angenommen und eine Unterstützung zugesagt.

Nun liegt es an den Berliner Abgeordneten diesen Themenkomplex erneut aufzunehmen und sich die einzelnen Regelungen noch einmal genauer anzuschauen.

Auch der ortsansässige Berufsfischer sieht die eingangs erwähnte Verordnung als Kompromiss, der aber noch die Akzeptanz und das Vertrauen der Bevölkerung vor Ort bedarf.

Die Evaluierung und Nachbesserung von Gesetzen und Verordnungen ist ein normaler Vorgang und zeigt die Lernfähigkeit der Politik und Verwaltung.

Robert Schaddach, MdA



Grüße zur Parlamentarischen Sommerpause

Die **BERLINER MITTE** in der SPD Berlin wünscht Euch und Ihnen **eine erholsame Sommerpause** sowie **schöne und** vor allem **sonnige Schul- und Parlamentsferien!**

*Für die Redaktion
Ihr Robert Schaddach, MdA*

